

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Kultur, Engagement und Demokratieförderung

67. Sitzung
27. April 2026

Beginn: 14.00 Uhr
Schluss: 17.02 Uhr
Vorsitz: Peer Mock-Stümer (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht des Senats

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 3 (neu) der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Aktuelle kulturpolitische Lage
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und
der Fraktion Die Linke)

[0359](#)
KultEnDe

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Wir kommen zu

Punkt 4 (neu) der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Bürgerschaftliches Engagement und Krisenfestigkeit
– **resiliente Strukturen des freiwilligen Engagements**
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)

[0354](#)
KultEnDe

Hierzu: Anhörung

Ich gehe davon aus, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass die Anfertigung eines Wortprotokolls gewünscht wird. – Danke schön! Dann verfahren wir so. Als Anzuhörenden begrüße ich auf das Herzlichste Herrn Prof. Dr. Heinz Stapf-Finé, Professor für Sozialpolitik an der Alice Salomon Hochschule Berlin. Auch von meiner Seite ein herzliches Willkommen an Sie! Sie sind darauf hingewiesen worden, dass die Sitzung live auf der Webseite des Abgeordnetenhauses übertragen und eine Aufzeichnung im Internet zu finden sein wird. Ich gehe davon aus, dass Sie mit diesem Verfahren einverstanden sind. – Das ist auch der Fall, vielen Dank!

Zur Begründung des Besprechungsbedarfs erteile ich der Fraktion der SPD das Wort. – Frau Abgeordnete Radziwill, Sie haben das Wort, bitte schön!

Ulker Radziwill (SPD): Vielen Dank! – Angesichts der Zeit möchte ich es sehr kurz halten. Ich freue mich aber, dass wir jetzt zu diesem inhaltlichen Punkt gekommen sind, denn die ehrenamtlichen Strukturen in Berlin sind uns sehr wichtig. Die Alice Salomon Hochschule hat sich mit Freiwilligenagenturen einen Rückblick in einem längerem Zeitraum erlaubt und geschaut, wie die Strukturen resilienter organisiert werden können. Es ist wichtig, dass wir uns dieser Sache mal annehmen. Und so freue ich mich, dass der Mitverfasser dieser Studie, Prof. Dr. Heinz Stapf-Finé, heute Zeit hat, geduldig unserer Sitzung zuvor gelauscht hat und die Erkenntnisse, die Sie in der Rückschau aus der Coronazeit, der Flüchtlingskrise und den verschiedenen Krisen in Berlin gewonnen haben, mit uns teilen und uns darstellen können, wie wir die Strukturen noch resilienter und stärker machen können.

Abschließend: Freiwilliges Engagement ist Kitt in dieser Gesellschaft, und wenn wir die Gesellschaft zusammenhalten wollen, ist es wichtig, sich diese Strukturen anzuschauen, zu erhalten und auszubauen. Von daher bin ich sehr neugierig und freue mich, dass wir jetzt zu dieser Anhörung kommen. – Danke!

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Gut. – Dann beginnen wir jetzt mit der Anhörung. Herr Prof. Dr. Heinz Stapf-Finé, Sie haben uns eine Präsentation mitgebracht. Ich würde mich freuen, wenn diese jetzt eingeblendet werden könnte.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Wunderbar! Sie haben das Wort!

Dr. Heinz Stapf-Finé (Alice Salomon Hochschule Berlin, Professor für Sozialpolitik): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ganz lieben Dank für die Einladung und die Möglichkeit, die Studienergebnisse vorzustellen! Es handelt sich dabei um ein Projekt eines An-Instituts, des Europa-Instituts für Sozial- und Gesundheitsforschung an der Alice Salomon Hochschule, das wir in dem Zeitraum von Oktober 2023 bis September 2025 durchführen konnten. Die forschungsleitende Frage war: Wie hat sich die Coronakrise in den Engagementfeldern Flucht und Migration sowie Wohnungslosigkeit auf die Freiwilligentätigkeit ausgewirkt, und was können wir für künftige aufkommende Krisen lernen, um dieses Engagement resilienter zu machen?

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Ich will Ihnen jetzt gar nicht diese Folie im Einzelnen vorlesen. Da können Sie sehen, dass wir uns sehr viel Arbeit gemacht haben, um qualitativ und quantitativ zu forschen. Diese Studie war insbesondere deshalb wichtig und hilfreich, weil sie uns auch methodisch vorangebracht hat. Wir haben uns einen stark bürgerwissenschaftlich orientierten Ansatz, wir nennen das Civic Science, vorgenommen. Das heißt, wir haben in enger Zusammenarbeit mit unserer Praxispartnerin, der Landesfreiwilligenagentur Berlin, das Projekt designt. Wir haben die Erhebungsinstrumente, die Leitfäden intensiv mit den Ehrenamtskoordinatorinnen und -koordinatoren diskutiert, insbesondere in den Flüchtlingsunterkünften. Wir haben dann auch einige Freiwilligenkoordinatorinnen und -koordinatoren gewinnen können, ihrerseits Fokusgruppeninterviews durchzuführen, sodass die Veränderungen durch uns Forschende in dem erforschten Feld möglichst gering gehalten wird. Wir haben dann, als wir die ersten Ergebnisse interpretiert haben, eine kommunikative Validierung mit den Befragten vorgenommen, und sind jetzt auch dabei, in Kooperation mit den Landesnetzwerken Berlin und Brandenburg im Bereich bürgerschaftliches Engagement die Ergebnisse zu diffundieren. Ich glaube, es wäre eine eigene Veranstaltung wert, auch über diesen bürgerwissenschaftlichen Ansatz ins Gespräch zu kommen.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Wir haben die Coronapandemie vor Augen gehabt und entsprechend die Fragestellung entwickelt und wussten gar nicht, dass diese Krisenabfolge so stakkatohaft sein würde. Deswegen sehen Sie jetzt auf dieser Folie, welche Krisen die Menschen in den beforschten Bereichen noch bedrückt haben, insbesondere natürlich die Fluchtbewegung aus der Ukraine, Inflation, Energiekrise, aber auch die Krise der Demokratie und Druck von rechts.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Ein paar wesentliche Erkenntnisse: Zwar ist jede Krise anders, aber man kann als Einrichtung, als NGO, als Träger in diesem Bereich auch präventiv vorgehen, und zwar, indem man sich ein bisschen vorbereitet, indem man sich einen handlungsfähigen Stab mit klaren Rollen überlegt mit klaren Zuständigkeiten, Entscheidungsbefugnisse und entsprechend eines klar vordefinierten Krisenplans unterwegs ist.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Ein zweiter Punkt, der nicht nur die Organisationen und die Einrichtungen selbst betrifft, sondern möglicherweise auch Verwaltung und Politik, ist die Frage, ob es nicht auch gelingen kann, freiwilliges Engagement ein Stück weit besser zu managen. Das erfordert zwei Tätigkeitsfelder, zum einen das Freiwilligenmanagement auf der strategischen Ebene in diesen Einrichtungen, Vereinen und so weiter und zum anderen die Freiwilligenkoordinationen, die entsprechend mit den Freiwilligen arbeiten und deren Tätigkeit unterstützen. Darauf werde ich später bei den Schlussfolgerungen noch mal zu sprechen kommen.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Ganz wichtig ist der Bereich Fort- und Weiterbildung. Sie sehen, nicht alle Punkte, die ich jetzt formuliere, sind durch die Coronakrise neu aufgetreten, aber bestimmte Probleme, die es gibt, sind dann noch mal stärker aufgetreten. Was wir noch viel stärker brauchen, ist, dass das Thema Fort- und Weiterbildung viel klarer gegenüber den Freiwilligen kommuniziert wird und sie auch einen stärkeren konkreten Nutzen bekommen können. Beispielsweise ist es hilfreich, wenn zum Beispiel Studierende Credit Points anerkannt bekommen, wenn sie Engagement absolviert haben, oder dass es in der beruflichen Vita von jungen Menschen entsprechend auftaucht.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Die Stadt und die Politik sind auch gut beraten, wenn sie die schon bestehenden Anerkennungsmaßnahmen weiter ausbauen und verstetigen, denn wir haben gesehen, dass solche Anerkennungsmaßnahmen ein ganz zentraler Bestandteil nachhaltiger Engagementförderung sind.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Allerdings, und das will ich an dieser Stelle auch noch mal betonen, ohne ausreichende Finanzierungsmittel können zivilgesellschaftliche Organisationen keinen nachhaltigen Prozess der Resilienzbildung anstoßen.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Ich will das mit dem Zitat der Leitung einer Einrichtung mal deutlich machen – ich zitiere wörtlich –:

„Also neue Projekte mit Bewegung, immer wieder andere, weil man dann dafür halbjährliche Finanzierung kriegt. Ich denke, ihr wollt jetzt, dass wir in einem halben Jahr aufarbeiten und auffangen, was ihr an drei Jahren Schäden angerichtet habt bei Kindern und Jugendlichen? Euer Ernst? Fatal. Jetzt dürft ihr mal ein Projekt von ei-

nem halben Jahr machen, dann dürft ihr noch mal ein Projekt für ein Dreivierteljahr machen und dann weist uns aber bitte nach, dass das nachhaltig ist. Wir sollen nachweisen, dass es nachhaltig ist, wie wir Kinder und Jugendliche aus ihrer Isolation [...] in Bewegung und in Aktivität gebracht haben [...]. [Das] ist irre.“

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Ein weiterer Punkt ist die Stärkung digitaler Ressourcen, die im Zusammenhang mit der Coronakrise richtig Aufwind bekommen haben. Insbesondere wäre an dieser Stelle etwas wichtig und hilfreich, das wir mit digitalen Verweisungsmechanismus umschrieben haben. Damit meinen wir nicht eine weitere Datenbank zu dem Thema Engagementförderung, sondern es gibt ganz viele Schnittstellen zwischen verschiedenen Einrichtungen und zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft und es gibt ganz viele Menschen mit Bedarfen, die es schwer haben, sich zu orientieren und in komplexen Problemlagen schnell an die richtige Stelle weiter verwiesen zu werden. Da wäre eine solche Datenbank, ein solcher digitaler Verweisungsmechanismus eine gute Sache, und es wäre wichtig und hilfreich, wenn Politik und Verwaltung an dieser Stelle unterstützen könnten.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

In dem Kontext eine weitere Anmerkung: Bei künftigen Krisen wäre es auch wichtig, dass Verwaltung gut, schnell und digital erreichbar ist. Eine der wichtigsten Botschaften, die ich auch mitgenommen habe, ist: Es gab in dem Bereich zivilgesellschaftliche Organisationen eine wachsende Konkurrenz untereinander, und mit dem Erleben der Krisen gab es ein Zusammenrücken, gab es das Phänomen, dass man Kräfte gebündelt und zusammengearbeitet hat. Das hat ein Klima des Vertrauens geschaffen, das auch weit über die Krise hinaus Bestand hatte und hat.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Die rhetorische Wertschätzung von Engagement reicht aber nicht aus. Wichtig ist auch, dass bei künftigen krisenhaften Entwicklungen, das Wissen, die Kenntnisse von zivilgesellschaftlichen Organisationen frühzeitig eingebaut werden und entsprechende Defizite in der institutionellen Partizipation zivilgesellschaftlicher Akteure abgebaut werden.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Wenn es gelingt, die Zielgruppen des Engagements, also in unserem Falle geflüchtete Menschen, aber auch ehemals wohnungslose Menschen, dabei zu unterstützen, von passiven Inanspruchnehmenden zu aktiven Akteuren zu werden, dann ist, glaube ich, viel erreicht. Es hat sich auch im Laufe unserer Untersuchungen gezeigt, dass ehemals Betroffene, die aktiv geworden sind, ihr Leben stärker selbst in die Hand nehmen und jetzt auch an der Gesellschaft viel stärker partizipieren können. Deswegen sollten diese Erkenntnisse, die wir da gewonnen haben, im Hinblick auf Empowerment durch Engagement noch viel stärker ins Bewusstsein geraten.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Wir haben eine ganze Reihe von Forderungen an die Verwaltung, die Politik und auch an die zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure selbst entwickelt. Ich will an der Stelle im Hinblick auf die Forderungen an die Politik zwei Dinge noch mal betonen: diese Art digitaler Verweisungsmechanismen, von denen ich gerade gesprochen habe, und die Übertragung der Erkenntnis, dass in dem Bereich Flucht und Migration die Einrichtung von freiwilligen Koordinatorinnen und Koordinatoren sehr hilfreich und intensiv gewesen ist, um Engagement resilient zu machen. Wir halten es auch für sinnvoll, noch einmal zu prüfen und zu schauen, ob diese Form nicht auch auf andere Zielgruppen und Personengruppen, insbesondere im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit, wichtig und sinnvoll sein kann.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Zum zweiten der Hinweis an die Akteurinnen und Akteure der Zivilgesellschaft selbst: Wir regen an, dass an den Strukturwandel im Engagement angepasst wird, dass die Angebote für freiwilliges Engagement jünger und flexibler werden und sich stärker an den Lebensumständen der Engagierten entwickeln. Und zum anderen raten wir, dass eine flexible Organisationsentwicklung und Anpassung wichtig und hilfreich sein kann.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Es gelingt mir natürlich jetzt nicht, im Laufe von wenigen Minuten unsere gesammelten Erkenntnisse vorzustellen, deswegen der Hinweis, wir haben es ordentlich zusammengeschrieben und veröffentlicht: „Krise als Chance? Strategien und Handlungspläne zum Aufbau resilienter Strukturen im freiwilligen Engagement“, erschienen im Logos Verlag Berlin. Wir bieten von unserem Institut aus auch gern an – denn wir hoffen natürlich auch, dass die eine oder andere Anregung auch in Politik und Verwaltungshandeln übernommen wird, vielleicht auch bei der Überarbeitung der Engagementstrategie des Landes Berlin die eine oder andere Idee Einzug halten kann –: Wenn Sie sich ausführlicher informieren wollen, besuchen Sie uns einfach entweder digital und/oder in Hellersdorf. Wir sind auch gerade dabei, unter dem Titel Transdisziplinäre Demokratie und Bildungsforschung, Abkürzung – man braucht immer so ein Akronym – TransDeBifo, einen Forschungsraum aufzubauen. In dem Kontext würden wir Sie gern willkommen heißen. Wir haben gedacht, dass wir diese beiden Bereiche an unserer Hochschule – Bildungs- und Demokratieforschung – stärker zusammendenken wollen, um auch einen Beitrag für eine nachhaltige Demokratisierung unserer Gesellschaft zu leisten. – Vielen herzlichen Dank!

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Vielen Dank, Herr Professor! – Dann treten wir jetzt in die Beratung ein. Die erste Wortmeldung liegt mir von der Abgeordneten Radziwill vor. – Bitte schön!

Ülker Radziwill (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank an Prof. Dr. Stapf-Finé für seine Ausführungen und für die Ergebnisse in der Zusammenfassung! Ich denke auch, dass das, was Sie uns hier vorgelegt haben – ich hoffe, dass wir auch die Folien bekommen –, für die Überarbeitung der Berliner Engagementstrategie durchaus sinnvoll ist und berücksichtigt werden sollte. Vielleicht können Sie uns noch sagen, was aus Ihrer Sicht dort

auch noch zu beachten wäre. An der Stelle würde ich normalerweise die Verwaltung fragen: Haben Sie das schon registriert oder mitbekommen? Wollen Sie sich daraus etwas für die Arbeit an der Engagementstrategie herausfischen? Vielleicht haben Sie schon die Gelegenheit gehabt, sich damit zu befassen. Vorgestellt wurde die Studie meines Wissens im Dezember oder Anfang Januar. Es gibt oder wahrscheinlich hat es die Gelegenheit gegeben, sich das schon mal anzugucken.

Ich möchte fragen, gerade mit Blick auf die Erfahrungen mit dem Stromausfall, den wir Anfang Januar hatten – dieser Stromausfall war nicht Teil Ihres Untersuchungszeitraums, aber vielleicht mit den Erkenntnissen, die Sie gemacht haben –: Was wäre denn aus Ihrer Sicht an der Schnittstelle und Koordination zwischen den spontanen Nachbarschaftshelferinnen und -helfern und den offiziellen Katastrophenschutz noch besser zu organisieren, vorzustrukturieren? Gibt es eine Empfehlung, was wir als Politik auch noch mal mitnehmen sollten?

Dann steht in Ihrem Buch, meine ich, dass das Krisenmanagement intensiv und kurzzeitig ist. Wie kann man dieses Spontanengagement besser vorbereiten, strukturell unterstützen, vielleicht auch finanziell unterstützen? –, wäre die zweite Frage. – Das Thema digitale Verweismechanismen fand ich jetzt auch sehr interessant. Können Sie aus Ihrer Sicht Empfehlung abgeben? Kann man die Akteure des Engagements zum Beispiel bei digitalen Anfeindungen oder Desinformationen besser unterstützen, also nicht nur mit Schulungen, sondern auch noch mit weiteren Unterstützungsmaßnahmen, gerade auch in Ausnahmesituationen?

Die dritte Frage und letzte Frage: Kann KI als digitales Werkzeug noch besser im freiwilligen Engagement eingesetzt werden oder nicht? Gibt es vielleicht noch eine Idee, die Sie uns mitgeben wollen?

Sie haben es gelobt, dass wir diese freiwillige Koordination im Bereich Flucht und Migration haben. Das finde ich auch sehr wichtig, dass das hier noch mal erwähnt wird, denn es war damals nicht einfach, das durchzusetzen, und es hat sich im Nachhinein gezeigt, dass das ein richtiger und wichtiger Weg ist, gerade um Nachbarschaften, Menschen zusammenzubringen, Vertrauen zu schaffen, voneinander zu lernen und miteinander die Gesellschaft zu gestalten. Wenn wir das auch noch mal als Erkenntnis für andere Bereiche nutzen können, Sie hatten jetzt den Bereich Kinder- und Jugendarbeit genannt, dann ist es doch nachhaltig und voll Mehrwert. Somit nehme ich das auch noch als Hinweis für uns mit. – Vielen Dank!

Ich möchte damit enden: 1,1 Millionen Menschen sind in Berlin engagiert. Das ist eine ziemlich hohe Zahl an Menschen, die für sich etwas machen, denn wer sich engagiert, lebt gesünder – so die neuesten Studien. Von daher müssen wir alles tun, um diese Gesellschaft zusammenzuhalten. Engagement ist Kitt, daher ist jede Unterstützung in diesem Bereich für unsere Demokratie sehr wertvoll. – Danke!

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Herr Abgeordneter Haustein, bitte schön!

Dennis Haustein (CDU): Herr Vorsitzender, herzlichen Dank! – Herzlichen Dank auch für den Vortrag, Herrn Stapf-Finé! Besonders interessant fand ich, wie Krisen überhaupt definiert werden, dass beispielsweise draußen die Inflation als eine Krise für sich genommen wahrgenommen wird. Wir erkennen das alle als Problem an, man versucht da irgendwie Lösungen zu finden, das ist ja vor allem gerade so ein Bundesthema, aber dass da auch Menschen selbst

sagen, dass ich mich da, wie auch immer, ehrenamtlich einbringen kann, hat zumindest meinen Blick noch mal geweitet. Vielleicht hat es bei anderen auch etwas ausgelöst.

Sie haben bei den Forderungen, die von Ihnen mit untersucht wurden, verschiedene Forderungen grundlegend formuliert. Ich habe erst gedacht: Die kennst du doch irgendwoher. – Ja klar, die sind alle auch schon in der Engagementstrategie drin gewesen, 2020 bis 2025, das passt also thematisch sehr gut. Danke, Frau Radziwill, für den Einfall! Das haben wir also gut organisiert, dass Sie heute da sind.

Jetzt habe ich mir das Buch angeguckt und auch gesehen, dass unter anderem Frau Schaaf-Derichs Mitautorin gewesen ist. Ist der Fokus Ihres Buchs und Ihren Erkenntnissen nachher der Berliner Fokus oder ein Deutschlandfokus, oder wie ist es genau? Sind die Inhalte auch losgelöst von dem, was wir ohnehin im guten Austausch mit unseren Trägern bekommen, von einer anderen Seite beleuchtet worden, oder sind es im Grunde doch sehr starke Einschläge durch die sozialen Träger, mit denen wir sowieso immer viel zu tun haben, im großen Austausch sind, aber diesmal mit Fokus auf diese Krisenbewältigung?

Grundlegend störe ich mich immer ein bisschen daran, das ist so ein persönliches Ding, das ich aber auch häufig von Ehrenamtlern höre, dass wir immer nur über Ehrenamt reden, wenn es um Krise geht. Das darf nicht der Fall sein. Wir dürfen nicht nur Ehrenamt mit Krise verbinden, dass die einspringen, wo der Staat vermeintlich nicht mehr kann, und wir uns immer freuen, wenn sich jemand für wenig Geld einsetzt. Vielleicht können Sie darauf noch mal eingehen und auch, wie Sie da selbst die Abgrenzung hinbekommen haben. Das, was unser Ehrenamt ausmacht und was wir auch wollen, ist, dass die Leute, die Lust und Leidenschaft haben, für sich und andere etwas zu machen, egal in welchen Bereichen, das durch die neueren Bewegungen gern kontinuierlich machen. So neu sind die nicht, aber das ist auch eine Generationsfrage, dass man sich manchmal auch nur sehr projektbezogen ehrenamtlich engagieren möchte. Das ist auch ein Sachverhalt, mit dem wir auf politischer Ebene umgehen können.

Und, da wir jetzt über Ehrenamt und Krise reden: Wie haben Sie untersucht, welche bestehenden Strukturen wir im Land Berlin haben, und wie können da die Verknüpfungen gut stattfinden? Sie hatten ja beispielsweise gesagt – ich überspitze das jetzt mal –, dass es nicht nur eine Floskel sein sollte, dass man Ehrenamt unterstützt, sondern man soll es wirklich tun. Jetzt hat beispielsweise der Regierende Bürgermeister mit seinem eigenen Haushalt, ich glaube, pro Bezirk drei Katastrophenschutzstellen eingerichtet oder einrichten lassen, bezahlt, wie auch immer, kann man so oder so sagen. Inwiefern können beispielsweise solche Strukturen mitgedacht werden, damit in einer richtigen Krise-Krise, beispielsweise Wohnungsbrand, ganz viele fleißige Leute unterstützen und den Leuten, die gerade keine Obdach haben, mit unter die Arme greifen? Wie kann da die Verknüpfung stattfinden? Denn das ist ja Gold wert, wenn wir auf politischer Ebene ein Problem erkannt haben, wie zum Beispiel in Steglitz-Zehlendorf, wo es einen mutmaßlich linksterroristischen Anschlag auf das Stromnetz gab, das ist ja nicht nur ein normaler Stromausfall gewesen, und wir dann gucken, wie wir diese Stellen mit unseren Ehrenamtlichen verknüpfen können. Vielleicht könnten Sie darauf noch mal eingehen. – Herzlichen Dank!

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Vielen Dank! – Die nächste Wortmeldung kommt von der Abgeordneten Frau Dr. Kahlefeld. – Bitte schön, Frau Kollegin!

Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE): Vielen Dank! – Wir haben das Buch ja zum Glück in unseren Fächern vorgefunden und mussten es nicht mal kaufen. Ich habe auch mit Gewinn große Teile daraus gelesen. Aber ich würde trotzdem gern noch mal ein bisschen von einer übergeordneten Warte aus auf unsere Diskussion schauen. Wir sprechen hier gerade über die Arbeit einer Abteilung, dessen Leiter, Herr Friedemann Walther, der wirklich eine gute Arbeit gemacht hat, zu denen gehört, die hier als „faule Antisemiten“ die letzten Monate durch die Arena geschleppt worden sind, weil er nämlich in seiner Abteilung nicht nur für die Umsetzung der Engagementstrategie zuständig war, sondern auch die 10 Millionen Euro verausgabten sollte. Das ist so der Kontext. Und was ich überhaupt nicht verstanden habe, war, warum, wenn man das Geld schon an der falschen Stelle einsetzt, man es dann nicht wenigstens anerkennt, dass die Kompetenz, die da ist, nämlich Demokratieförderung, tatsächlich auch sofort ins Werk gesetzt worden ist. Es war die gleiche Kompetenz, die gleiche Intelligenz, die gleiche Vernetzung mit der Stadtgesellschaft, die versucht hat, Antisemitismusbearbeitung via Demokratiewerkstatt wenigstens in Teilen zu konkretisieren, die auch zur Umsetzung der Engagementstrategie geführt hat. Das kann man ja nicht trennen. Also entweder ist er ein „fauler Antisemit“ oder einer, der die Engagementstrategie kenntnisreich und gut umgesetzt hat und den man deswegen zu Recht auch mehr Geld gegeben hat.

Ich möchte außerdem darauf hinweisen, dass wir das Problem haben, dass sehr viel Engagementstrukturen gerade von der Bundesebene infrage gestellt werden, zum Beispiel stehen Liquid Democracy, die für diese digitalen Tools der Vernetzung eine gute Arbeit gemacht haben, auf der Streich- und Kürzungsliste genauso VIA, der Verband für interkulturelle Arbeit. Es ist ein Verband, der migrantische Organisationen dabei unterstützt, ihre Organisationen, ihre Strukturen kompetent aufzubauen, weiterzuentwickeln, Anträge schreiben zu können und so weiter. Auch der steht mit auf dieser Kürzungsliste. Da ist Berlin sehr betroffen. Ich will jetzt gar nicht die anderen alle nennen, wie die neuen deutschen Organisationen und so weiter, die auch alle in diesem Engagementbereich tätig sind und reingehören.

Ich möchte außerdem darauf hinweisen, dass wir eine Enquete laufen haben, in deren Einsetzungsbeschluss mit der falschen Alternative gearbeitet wird: entweder Antidiskriminierungsarbeit oder Engagement beziehungsweise Ehrenamt. So nach dem Motto: Wenn man zusammen irgendwie Sport macht oder sonst etwas, dann braucht man doch keine Antidiskriminierungsarbeit mehr. – Wir wissen aber, dass gerade die LAGFA sehr viel für die Diversitätsentwicklung der Organisationen getan hat und das überhaupt nicht als Gegensatz sieht. Auch da, finde ich, müsste sich die Koalition mal überlegen, welche Linie sie da eigentlich fahren möchte. Die, die tatsächlich in der Engagementlandschaft Berlins gefahren wird, nämlich eine interne Diversitätsentwicklung, oder diese falsche Alternative zwischen Antidiskriminierungsarbeit und Ehrenamt oder Engagement, was zwei unterschiedliche Dinge sind, ich nenne es jetzt hier nur gemeinsam.

Ganz wichtig ist natürlich der Punkt mit der Förderpolitik. Also: Kann ich eigentlich nachhaltig arbeiten, wenn ich alle halbe Jahr einen Antrag stellen muss? – Da wäre meine Frage: Wann kommt denn das Demokratiefördergesetz, das ja zu großen Teilen auch Engagementstrukturen, also die Strukturen, die die Resilienz erhalten, absichern soll? Kommt das eigentlich noch? Und wenn das nicht kommt: Einen der Punkte, die heute auf der Tagesordnung sind, hatten wir Grüne angemeldet, um mal darüber zu reden, wie es mit der Engagementstrategie eigentlich weitergeht. Die ist ja bis 2025 befristet gewesen. Das Landesnetzwerk Bürgerengagement hat den Vorschlag gemacht, die Engagementstrategie zu entfristen. Das fände

ich eine ziemlich kluge Alternative. Wenn man schon, was das Demokratiefördergesetz angeht, nicht in die Pötte kommt, dann könnte man wenigstens diese sehr gute Strategie entfristen und die darin genannten Punkte in den nächsten Jahren noch weiter bearbeiten.

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Vielen Dank! – Frau Dr. Schmidt, Sie haben das Wort!

Dr. Manuela Schmidt (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Nun ist ja vieles schon gesagt worden. Ich bin nicht so tief drin in dem Thema, da ist ja Frau Breitenbach unserer Expertin, aber trotzdem habe ich jetzt ein bisschen ein Dé-jà-vu gehabt. Sie haben hier alles im Schnelldurchlauf vorgestellt, aber ich glaube, dass es dem Ehrenamt in seiner ganzen Vielfalt gar nicht so wirklich gerecht wird, wie wir heute hier damit umgehen. Das will ich mal vorwegschicken.

Ein paar Sachen sind aber trotzdem für mich mit anderen Bereichen vergleichbar. Sie haben unter anderem genannt, es braucht langfristige Fördermodelle und muss weg von dieser Projektitis. Sie haben auch gesagt, da gibt es mal ein Projekt für ein halbes, für ein dreiviertel Jahr. Davon sind wir ja weit weg, aber wir haben im Parlament, zumindest in der Pipeline, die Reform des Zuwendungsrechts. Da hoffe ich, dass wir auch für das Ehrenamt mal zu lang- und längerfristigen Fördermodellen kommen, weg von dieser Kurzfristigkeit, und vor allem, dass wir es dann mit der längerfristigen Förderung von Ehrenamt besser hinbekommen, die hauptamtlichen Kapazitäten zu sichern, die es für die Koordinierung von Ehrenamt ja braucht. Ich glaube, da ist im Moment auch noch eine Lücke, die zu schließen ist.

Ein wichtiges Thema haben Sie mit der Weiterbildung angesprochen. Gerade im Ehrenamt ist das Thema Weiterbildung natürlich wichtig. Es braucht die Angebote, aber ich habe auf der anderen Seite oft genug erlebt, dass es gar nicht an den Angeboten mangelt. Wie kann aber eine Kommunikation zu diesen Angeboten besser funktionieren? Wie kann es auch besser funktionieren, die ehrenamtlich Mitarbeitenden stärker zu motivieren, diese Angebote wahrzunehmen? Ich habe für mich festgestellt, da ist noch viel Luft nach oben.

Sie haben das Thema Anerkennungsmaßnahmen angesprochen. Nun gibt es ja schon die eine oder andere Anerkennungsmaßnahme. Meine Frage an Sie, gerade in puncto öffentlicher Anerkennungsmaßnahme: Was würden Sie sich da noch mehr wünschen? Was könnten Sie sich da noch mehr vorstellen? Ich glaube, dass natürlich gar nicht genug anerkannt werden kann, was hier tatsächlich ehrenamtlich in dieser Stadt passiert. Ich gehe davon aus, viele der Bereiche würden ohne Ehrenamt gar nicht funktionieren. Ich glaube, der Berlin Marathon ist da nur ein prominentes Beispiel, aber es gibt ja viele mehr. Bei dem Stromausfall im Süden der Stadt kann ich es mir gerade nicht vorstellen.

Sie haben angesprochen, es braucht auch die funktionierenden Netzwerke mit der Verwaltung. Es braucht dort auch mehr Ansprechpersonen. – Digitalisierung haben Sie als Thema genannt. Da würde ich gern auch von Ihnen wissen, wo da aus Ihrer Sicht im Moment die Schwachstellen sind und wo da tatsächlich noch Nachbesserungsbedarf ist. – Da sind erst mal die Fragen. Alles andere ist ja schon gefragt worden. Dann freue ich mich auf die Antworten. – Vielen Dank!

Peer Mock-Stümer (CDU): Vielen Dank, Frau Abgeordnete! – Herr Abgeordneter Trefzer, Sie haben das Wort, bitte!

Martin Trefzer (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank, Herr Professor Stapf-Finé, für Ihr Statement! Auch herzlichen Dank für Ihre Studie, die ich mir gründlich angeschaut habe. Insbesondere ab Seite 213, dort, wo die Empfehlungen für die Politik aufgeschrieben sind.

Ich muss ein bisschen als Quintessenz vorausschicken: Ich war nach der Lektüre relativ ernüchtert, weil da doch relativ wenige Dinge enthalten waren, die nicht bekannt gewesen wären oder die sich nicht ohnehin durch plausible Konklusion hätten erschließen lassen. Sie steigen mit der Feststellung ein, dass spontanes Engagement ein zentraler Resilienzfaktor sei, der ganz entscheidend dabei dazu beitrüge, den Wohlfahrtsstaat zu entlasten und Krisensituationen zu bewältigen, um dann allerdings wenige Seiten danach zu dem Ergebnis zu kommen, dass dieses freiwillige Engagement ohne strukturelle Stützung, ohne die Rolle des Hauptamts nur bedingt wirksam werden könne. Das hat mich dann doch ein bisschen verwundert und auch enttäuscht an der Stelle, wie schnell Sie dann von dieser freiwilligen Ebene auf die hauptamtliche Ebene abziehen, ohne das so wirklich plausibel zu machen.

Dann ist auf Seite 219 dann auch noch die Rede davon, dass diese Hauptamtlichen wiederum hauptamtliche Unterstützung benötigen, um dann ihrerseits die notwendige Stabilität und Orientierung weitergeben zu können. Es läuft also alles auf das Hauptamt als strukturierende Kraft auch des spontanen zivilgesellschaftlichen Engagements als Resilienzfaktor hinaus. Das fand ich ein bisschen schade und nicht ganz nachvollziehbar. Man hätte da vielleicht auch zu anderen Ergebnissen kommen können. Dann ab dem Punkt 6.2.2 ab Seite 220 sind viele Dinge, die vollkommen klar sind, die auch von den Kolleginnen und Kollegen gerade angesprochen worden sind. Es bedarf natürlich einer entsprechenden Passung zwischen Förderlogik und den realen Bedarfen, es bedarf einer transparenten und langfristig ausgerichteten Förderarchitektur. Alles andere wäre natürlich kontraproduktiv. Fehlende Förderkontinuität ist kontraproduktiv. Ich glaube, dazu bedarf es keiner großen, tiefgründigen Forschung. Dann sind Sie zu dem Ergebnis gekommen, dass Weiterbildungsangebote und Supervision für Freiwillige unheimlich wichtig sind. Ich glaube, auch das kann hier jeder unterschreiben. Wer sich weiterbildet, ist in seinem Handlungsfeld auf jeden Fall noch kompetenter und kann zusätzliche Kompetenzen gewinnen, die er vor seiner Weiterbildung noch nicht gehabt hätte. – Dann kommen Sie zum Thema Öffentlichkeitsarbeit. Auch da kommen Sie zu dem Ergebnis, dass Öffentlichkeitsarbeit Engagement sichtbar macht, hervorhebt und dadurch auch die Unterstützung für spontanes Engagement stärkt. Auch das ist nachvollziehbar, dazu hätte es keiner Studie bedurft. Und am Ende kommen Sie zu dem Ergebnis, dass natürlich die digitale Infrastruktur ganz entscheidend ist für die Krisenresistenz von Engagement.

Das liegt auf der Hand. Funktionierende Mechanismen, kostenfreier Internetzugang und diese Dinge müssen natürlich geklärt sein. Das kann, glaube ich, niemanden überraschen.

Und so bleibt am Ende ein bisschen der Eindruck, es geht vor allem darum, das Hauptamt ein bisschen in den Vordergrund zu stellen und das freiwillige, spontane Engagement ein Stück weit dem Hauptamt unterzuordnen. Die Kooperationspartner, die an Ihrer Studie mitgewirkt haben, sind ja teilweise auch von Hauptamtlichen geführt. Inwieweit haben Sie denn da die methodische Unabhängigkeit Ihrer Handlungsempfehlungen sichergestellt, also sichergestellt, dass nicht das Interesse an diesen Hauptamtlichen handlungsleitend und erkenntnisleitend bei dieser Studie war?

Vielleicht auch noch etwas zum Titel der Studie: „Krise als Chance“, Sie haben dort verschiedene Facetten in Ihrer Hinführung zu diesem Titel aufgezeigt. Es hat zwei Aspekte, die man ein bisschen herauslesen kann, zum einen: Krise natürlich als Krisenerfahrung und als Möglichkeit, aus der Krise Erfahrungen zu schöpfen und Konsequenzen zu ziehen, um für den nächsten Krisenfall gewappnet zu sein, also eine ganz normale Überlegung, der Ernstfall ist eben der beste Lehrmeister, auch was die nächste Krise anbelangt; gleichzeitig habe ich ein bisschen gespürt, dass im Text auch noch was anderes mitschwingt, ein bisschen dieser Sound Krise als Chance, dass man auch auf eine Krise aufspringen muss, um gesellschaftliche Veränderungen vorantreiben zu können. Vielleicht könnten Sie an der Stelle noch mal sagen, wie das gemeint war. Es gab ja während der Coronakrise immer wieder eine Diskussion: Inwieweit kann oder sollte diese Krise genutzt werden, um gesellschaftliche Veränderungen aus einem bestimmten Blickwinkel heraus voranzutreiben?

Sie haben 40 qualitative Interviews geführt, vor allem in den zwei Einzelfeldern Flucht, Migration und Wohnungslosenhilfe. Da wollte ich Sie noch fragen, wie weit die Erkenntnisse aus diesen Handlungsempfehlungen auch auf das freiwillige Engagement in anderen Bereichen übertragbar sind, also beispielsweise Freiwillige Feuerwehr, Heimat- und Schützenvereine und so weiter. Sind die auch auf andere Felder des ehrenamtlichen und freiwilligen Engagements breit übertragbar?

Was mich natürlich hat aufhorchen lassen, ist die Tatsache, dass Sie den Rechtsruck – in Anführungszeichen – neben der Pandemie, dem Ukrainekrieg und der Energiekrise als Krisenfaktor genannt haben. Da wollte ich Sie fragen: Ist das jetzt ein empirisch wissenschaftlicher Befund an der Stelle, oder ist das eine politische Positionierung Ihrerseits? Und wenn das ein wissenschaftlicher Befund wäre, welche wissenschaftlichen Kriterien haben Sie dabei denn angelegt? Ich hatte da auch eine Studie gesehen, die Sie in Marzahn-Hellersdorf gemacht haben – Demokratieferne Einstellungen 2016 bis 2019 –, wo Sie dann ein bisschen zu dem Ergebnis kommen: Ja, Kritik an der Migrationspolitik, Kritik an EU-Strukturen, auch an der Regierungspolitik, was das Thema Migration anbelangt, lasse auf demokratieferne Einstellungen schließen. – Da war ich doch ein bisschen erstaunt. Man könnte auch umgekehrt schlussfolgern, dass Kritik an der Regierung, an der EU oder an der Migrationspolitik auf eine lebendige Demokratie schließen lässt. Da würde ich Sie auch gern bitten, dazu Stellung zu nehmen. Was heißt Demokratieferne aus Ihrer Sicht, wissenschaftlich empirisch an dieser Stelle?

Engagementförderung und Demokratieförderung werden ja oft in einen Topf geworfen. Für wie sinnvoll halten Sie das aus wissenschaftlicher Perspektive? Oder wäre es aus Ihrer Sicht

nicht vielleicht sinnvoller, auch Engagementförderung und Ehrenamtsförderung auf der einen Seite und politisch-inhaltlich orientierte Demokratiearbeit auf der anderen Seite stärker zu differenzieren? Oder sollte man das nach wie vor alles unter einem Dach rubrizieren?

Dann noch eine Frage an den Senat, die auch schon angeklungen war: Welche konkreten Konsequenzen zieht denn der Senat, sofern ihm die Studie schon bekannt war, aus den Handlungsempfehlungen dieser Studie „Krise als Chance“? – Und welche Berliner Engagementstrukturen haben sich aus der Sicht des Senats in der Krise oder in den Krisen der letzten Jahre – da wird jetzt so einiges subsumiert: Corona, Flüchtlingskrise, Energiekrise, Inflationskrise – empirisch als besonders resilient erwiesen? Und welche Strukturen haben sich aus Sicht des Senats vor dem Hintergrund dieser Krisen als überarbeitungsbedürftig oder verbesserungsnotwendig herausgestellt. – Vielen Dank!

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Vielen Dank! – Bevor ich an Herrn Professor Stapf-Finé weiter gebe, wurde das Wort noch vom Herrn Staatssekretär gewünscht. – Bitte schön!

Staatssekretär Alexander Straßmeir (SenKultGZ): Ich versuche, mich auch kurz zu fassen, da ich auch versuche, mich in Sie hineinzusetzen, bei dem, was inzwischen alles gesagt und gefragt wurde. Aber es gibt zwei Dinge, die ich gefragt wurde. Dann hätte ich auch noch, wenn ich die Gelegenheit habe, lieber Herr Dr. Stapf-Finé, Ihnen gegenüber zu sitzen, eine Frage zu dem Thema zu stellen, das, glaube ich, jedenfalls für uns in der Verwaltung, von zentraler Bedeutung ist.

Zu den beiden Fragen: Was macht der Senat damit? –, das haben Sie, Frau Radziwill, gefragt, und Sie haben sich dem auch angeschlossen: Ist uns, ist mir das bekannt? – Unserem Haus ist die Studie bekannt und wird auch ausgewertet; mir persönlich ist sie noch nicht bekannt. Von daher war das ganz wunderbar, dass ich Ihren Vortrag heute an meinem zweiten Werktag gehört habe, denn so etwas ist für mich der leichtere Zugang, als sich die ganze Studie durchzulesen. Ich habe auch gern so gelernt, ich war aber auch in Vorlesungen, als ich an der FU war.

Was wir im Einzelnen daraus machen, kann ich jetzt noch nicht berichten, aber jedenfalls ist die Entwicklung des Maßnahmenplans zur Engagementstrategie mit Sicherheit geeignet, die Impulse aufzunehmen, die Sie in unsere Richtung geben. Das ist, glaube ich, fast schon eine Selbstverständlichkeit. Ich kann die Frage nicht beantworten, weil wir sie nicht empirisch untersucht haben, wie sich einzelne Strukturen in den Krisensituationen – was nimmt man rein, was man nicht rein? – als resilient erwiesen haben. Da müsste ich mal schauen, ob das bei uns im Hause bekannt ist. Wenn es bekannt ist, dann kann ich das jedenfalls heute so weit noch nicht vortragen. Aber – ich schaue zu Ihnen rüber – vielleicht kann das Frau Großkurth beantworten. Dann würde ich hier ganz kurz weitergehen und dann die letzten beiden Punkte am Ende anschließen.

Grit Großkurth (SenKultGZ): Wir können sicherlich sagen – und das haben wir an vielen Punkten auch schon festgestellt –, dass sich die Freiwilligenagenturen als sehr resilient erwiesen haben und eine gute Möglichkeit sind, solches Engagement zu bündeln. Wir haben das durch den Lernort Zivilgesellschaft ergänzt, wo wir tatsächlich dann die Möglichkeit schaffen, dass sich Freiwillige qualifizieren, weiterbilden und bestimmte neue Lernangebote aufnehmen können. Insofern sind das sicherlich zwei Faktoren, wo wir sagen können: Da hat

sich auch schon in der Vergangenheit bei den verschiedenen Krisen erwiesen, dass diese Strukturen durchaus geeignet sind.

Staatssekretär Alexander Straßmeir (SenKultGZ): Dann mache ich an der Stelle mal weiter. Von Frau Kahlefeld wurde noch die Frage nach dem Demokratiefördergesetz gestellt. Da hat nach meiner Kenntnis die SenASGIVA die Verbändeanhörung jetzt durchgeführt. Soweit ich weiß, haben wir uns in dem Rahmen auch daran beteiligt. Wie das jetzt aber umgesetzt wird, ist eine hausinterne Angelegenheit bei SenASGIVA, aber ich verstehe das so, dass wir bei der Bezeichnung wieder ganz förmlich dabei sein werden. Das hielte ich jedenfalls für sachgerecht. Dann können wir uns noch ein weiteres Mal einbringen.

Jetzt komme ich zu dem Punkt, lieber Herr Prof. Stapf-Finé, an dem ich noch einmal auf die Themen Finanzierung, Stabilität, Resilienz zurückgreife. Sie hatten schon Beispiele erwähnt. Ich kenne aus meiner Zeit als Präsident des Landesamts für Flüchtlingsangelegenheiten die Ehrenamtskoordinatoren in den Flüchtlingsunterkünften. Wir haben in die Betreiberverträge reingeschrieben, dass es für jeden Betreiber Pflicht ist, das er das machen muss, wenn er sich bewirbt. Das war eine Stelle neben der Unterkunftsleitung und der psychologischen Betreuung, bei kleineren Einrichtungen keine ganze Stelle, aber das war eine Voraussetzung, dass es dort Hauptamtliche gibt, die das Ehrenamt fördern und vermitteln. Mein Eindruck war, dass das dadurch auch professionell und wirksam war. Ich habe aber auch in der Berliner Verwaltung mitbekommen, dass viele freiwillige Engagements durch Zuwendungen gefördert werden. Dann unterliegen wir dem Ehrlichkeitsprinzip, dem Haushaltsvorbehalt und all diese Fragen. Damit kommen wir natürlich, wenn man dieses Instrument wählt – und mein Eindruck ist, die Methode der Zuwendung wird sehr häufig gewählt –, haben wir dann natürlich immer eine größere Instabilität und Ungewissheit dabei. Und meine Frage ist, ob Sie in Ihrer Studie herausgearbeitet haben oder Sie sich über die Studie hinaus zu einer Beratung in der Lage und bereit sehen würden, was bessere Finanzierungsinstrumente als die Zuwendung für die ehrenamtlichen Arbeit sind. Denn daran hängt natürlich ganz viel. Und, wie gesagt, wir sind irgendwo in engen Grenzen, die immer zulasten der Freiwilligen, der Ehrenamtsarbeit und der Träger gehen, wenn sie sich bewerben müssen. Der Arbeitsaufwand auf der Verwaltungsseite ist gigantisch, und der Arbeitsaufwand bei den Trägern ist genauso groß, und die hadern damit in zunehmendem Maße.

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Vielen Dank! – Herr Professor Stapf-Finé, Sie haben das Wort, bitte schön!

Dr. Heinz Stapf-Finé (Alice Salomon Hochschule Berlin): Wie viel Zeit habe ich denn?

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Sie haben jetzt das freie Wort.

Dr. Heinz Stapf-Finé (Alice Salomon Hochschule Berlin): Danke schön! – Ich fange vielleicht mit der Definition von Krise an. Wir haben bewusst keine wissenschaftliche Definition von Krise vorgegeben, sondern wollten wissen, was die Befragten selbst, mit denen wir da zu tun hatten, als krisenhaft empfunden haben, aber nicht für sich selbst als psychologische oder individuelle Krise, sondern als gesellschaftliche Herausforderung, als gesellschaftliche Krise. Da wurden all diese Dinge genannt, dann trat das Thema Bedrohung der Demokratie, Druck von rechts außen, nicht an vorderster, aber zumindest, wenn ich es recht entsinne, an dritter oder vierter Stelle zutage.

Wir haben uns aber bei der Frage: Wie kann man Krisen bewältigen?–, ganz stark an wissenschaftliche Vorgaben gehalten, indem wir uns so einen typischen Krisenablauf angeschaut haben und geschaut haben: Was ist denn da passiert? Antizipation, konnte überhaupt jemand die Coronakrise vorhersehen? – Nein, aber Einrichtungen und Organisationen, die Notfallpläne, die einen Krisenstab hatten, waren besser vorbereitet. Das hat sich im Laufe der Krise gezeigt. Die Phase der Abpufferung, also: Gibt es flexibel einsetzbare Ressourcen, ist Personal, ist Material da, das man auch kurzfristig umsetzen kann, indem man zum Beispiel die Einsatzgruppen klein hält, und das sich unter anderem dann wegen der Infektionsgefahr nicht mischen lässt? Das hat zum Beispiel sehr stark geholfen. Das Thema Anpassung, Digitalisierung wurde ganz stark genannt, der Einsatz in kleinen Gruppen, Aktivitäten im Freien, auch Erholung, solche Dinge. Im Laufe der Coronakrise hat sich gezeigt: Viele Freiwillige sind auch weggeblieben, hatten Angst vor Ansteckung; insbesondere in der Phase war es auch wichtig, dass junge Freiwillige alte Freiwillige, die vielleicht zur Risikogruppe gehörten, entweder abgelöst oder unterstützt haben. An dem Thema Lernen aus der Krise sind wir immer noch dran. Das ist der Aspekt der organisationalen Anpassung.

Wir haben uns an der Salomon Hochschule nicht nur mit Krise im Ehrenamt, mit Krise im Engagement befasst, sondern haben zum Beispiel auch die Rolle der eigenen Hochschule im Kontext dieser Krise untersucht und sind jetzt gerade dabei, auch in dem Bereich, wenn es darum geht, spontane, krisenhafte Situationen wie zum Beispiel solche Stromausfälle, zu untersuchen, was man da tun kann. Damit hat sich das Team um Olaf Neumann, ein Kollege aus der Hochschule, befasst. Die Schwerpunkte der Erkenntnisse drehen sich neben Hygiene, also aus der Coronakrise und Digitalisierung, um Aspekte wie Kommunikation und sozialer Zusammenhalt.

Gibt es überhaupt einen Widerspruch zwischen der Wichtigkeit von Nachbarschaftshilfe, wenn so eine Krise auftritt, und der Notwendigkeit, das irgendwann auch zu kanalisieren, zu institutionalisieren? – Nein, wir sind in so krisenhaften Situationen auf Hilfsbereitschaft, auf Spontaneität angewiesen, haben aber auch die Erkenntnis gemacht, dass es irgendwann genug von dem Gleichen gibt, wenn zum Beispiel Kleider gesammelt werden und ähnliche Dinge mehr, und man das dann auf andere Notwendigkeiten planen und fokussieren muss. An die Stelle tritt die Notwendigkeit von Management und Organisation. Insofern sind das keine Gegensätze. Wir haben auch die Erfahrung gemacht, dass auch spontanes Engagement selbst schnell in Überforderung münden kann. Da ist natürlich auch die Notwendigkeit von freiwilligem Management, von freiwilligen Koordinationen, die Leute entsprechend zu unterstützen, zu beraten und ihnen selbst Hilfsangebote zu machen.

Zum Thema KI und wie man die vielleicht in dem Bereich Engagement einsetzen kann: Ich würde dazu raten, dass wir diese Aufgabe der Verweisungsmechanismen, also wie Organisationen untereinander, aber auch Zivilgesellschaft und Verwaltung die Menschen an die richtige Stelle weitergeleitet kann – Das wäre möglicherweise eine gute Aufgabe, die man mit der Hilfe von KI leisten kann, vor allem, wenn es auch darum geht, das zu pflegen, denn das würde einen sehr hohen Ressourcenaufwand erfordern. Ich glaube, da könnte man unter Umständen mal versuchen, das Thema KI probierhalber einzusetzen, aber immer mit der Maßgabe, dass dann noch mal jemand draufschaut, ob die KI an der Stelle nicht hat angefangen zu fantasieren.

Wann das Demokratietgesetz kommt, kann ich jetzt auch nicht genau sagen, aber wir haben mit dem erwähnten Friedemann Walther, aber auch mit Klaus-Peter Licht und ganz vielen anderen, einen Beratungskreis gehabt, der immer dann, wenn es Zwischenergebnisse gegeben hat, darüber geschaut hat, ob das aus fachlicher Perspektive, aus der Sicht der überwachenden Senatsverwaltungen alles seine Richtigkeit hatte, und haben da gute und wichtige Impulse bekommen. Ich habe diese beiden Personen immer als sehr konstruktiv und der Sache sehr zugewandt kennengelernt und muss daher sagen: Auf die lasse ich nichts kommen.

Was die Frage der Anerkennung betrifft, da gibt es viel, da haben Sie recht, und das sollte auch bewahrt und möglicherweise auch an der einen oder anderen Stelle vielleicht noch ausgebaut werden. Da macht die Landesregierung viel, da machen die Bezirke viel. Aber ich finde, die einzelnen Einsatzstellen könnten möglicherweise durch die öffentliche Darstellung von guten Beispielen vielleicht dazu beitragen, zum Nachahmen anzuregen. Von daher denke ich, ist das ein Punkt, der in der Öffentlichkeitsarbeit der zivilgesellschaftlichen Einrichtungen möglicherweise verstärkt werden sollte.

Die Fort- und Weiterbildung macht uns auch Sorgen, denn wir bekommen von vielen Freiwilligen die Rückmeldung: Ich bin ja schon so aktiv, ich verbringe schon so viel Zeit in meinem Engagement, ich habe jetzt nicht auch noch Zeit, mich in eine Weiterbildung hineinzusetzen. – An der Stelle sind die zivilgesellschaftlichen Organisationen und Einrichtungen auch noch mal aufgerufen, darüber nachzudenken: Gibt es etwas, was für die Leute vielleicht auch lebenspraktisch anwendbar ist, was nicht nur für das Engagement und für das Ehrenamt gut ist, sondern was die Ehrenamtlichen dann selbst in ihrem persönlichen Leben gut einsetzen können? Da haben wir komischerweise auch die Rückmeldung bekommen, das Thema Resilienz und: Wie gehen wir mit Krisen um? –, ist etwas, womit wir uns auch in Weiterbildungsformaten gern noch mal intensiver befassen würden, denn wir sind weiterhin in unserem Alltag tätig und haben nach dieser Coronakrise kaum Zeit gehabt, die Erfahrungen in Ruhe mal aufzuarbeiten.

Können wir aus der Projektitis und aus der kurzfristigen Förderung über Zuwendungen herauskommen? – Ich würde sagen, dazu verabreden wir uns mal intensiver, denn das ist ein eigenes Thema für sich. Das würde ich jetzt nicht so aus dem Ärmel schütteln wollen, sondern das bedarf einer fachlich gut fundierten Debatte. Da würde ich anregend: Lassen Sie uns das bei anderer Gelegenheit gern in der gebotenen Ausführlichkeit tun.

Es läuft nicht alles auf das Hauptamt hinaus, Herr Trefzer, sondern es ist die Frage: Was braucht freiwilliges Engagement? – Ein Stück weit braucht es selbst Professionalisierung, auch durch Fort- und Weiterbildung. Es braucht möglicherweise auch eine stärkere Professionalisierung der haupt- und/oder ehrenamtlichen Menschen, die Freiwilligkeit koordinieren und managen. Das ist nicht nur ein Resultat unserer Untersuchungen mit einem starken Berliner Fokus, sondern das ist auch eine Erkenntnis, die Sie in anderen Engagementstudien, zum Beispiel auch der Kolleginnen und Kollegen aus der Nürnberger Fachhochschule, gern noch mal nachlesen können.

Die Erkenntnisse, die wir gemacht haben, halte ich auch für gut übertragbar auf andere Bereiche von freiwilligen Tätigkeit, erwähnt wurden Schützenvereine, Freiwillige Feuerwehr, Musikvereine, Sportvereine et cetera pp, die ihrerseits auch sehr viel für sozialen Zusammenhalt tun. Da haben sie auch so eine Art Management eingebaut, mit Übungsleitern beispielsweise,

die ihrerseits auch so etwas wie die freiwilligen Koordinatoren und Koordinatoren in den Flüchtlingsseinrichtungen und künftig möglicherweise auch in anderen Tätigkeitsbereichen tun.

Was sind die Kriterien für den Rechtsruck? – Wir haben bei der Untersuchung von Haltungen zur Demokratie ein Instrument benutzt, das durch das Deutsche Jugendinstitut in die Wissenschaft eingeführt wurde, und haben einerseits mit einer ganzen Reihe von Fragen geschaut, wie die grundsätzliche Haltung zur demokratischen Verfasstheit der Gesellschaft ist, und zum anderen geschaut, wie zufrieden die Menschen mit den Ergebnissen von demokratischen Verfahren und von Politik sind, und haben festgestellt, dass es zu dem damaligen Untersuchungszeitpunkt viele Menschen gibt, die als demokratiedistanziert das demokratische System ablehnten. Das waren in unserer repräsentativen Untersuchung in Marzahn-Hellersdorf 23 Prozent der Befragten. Wir hatten aber auch 26 Prozent, die mit Demokratie an und für sich und auch mit ihren Ergebnissen zufrieden waren, also zufriedene Demokratinnen und Demokraten, und wir hatten knapp 30 Prozent, die kritische politische Demokraten sind, also die das System zwar gut finden, aber mit den Ergebnissen nicht so zufrieden sind, die aber so das Salz in der Suppe sind, da sie sich auch dafür einsetzen, dass das anders und besser wird.

Das heißt, wir haben an der Stelle ein wissenschaftliches Instrumentarium benutzt. Es gibt aber auch ganz viel – wenn ich das jetzt ausführen darf – Grund für Hoffnung; das ist vielleicht auch eine Antwort auf Ihre Frage: Sind demokratisches und freiwilliges Engagement zwei unterschiedliche Tätigkeitsgebiete? –nein, es gibt ganz viele Überschneidungen. Es gibt ein hohes Potenzial an Menschen, die sozial engagiert sind und sich dann irgendwann auch mal für die sozialen Belange der Zielgruppe, für die sie tätig sind, einsetzen und dann diesen Dreh hin zu politischem Engagement finden. Bei unseren Marzahn-Hellersdorf-Studien haben wir ein soziales Engagement von 37,6 Prozent erfassen können, und wir haben auch ein ganz hohes Potenzial an Menschen erfassen können, die früher mal politisch aktiv gewesen sind und es sich auch vorstellen könnten, das unter Umständen künftig zu machen.

Es ist nicht die einzige Form, wie Menschen sich von Demokratie abwenden, aber mit ein Grund ist, dass viele Menschen mit den Ergebnissen des politischen Systems unzufrieden sind und ein ganz klares und starkes Gefühl für soziale Schieflagen haben. An der Stelle sind alle demokratischen Parteien, hier im Hause, aber auch andernorts, aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass diese sozialen Schieflagen nicht weiter aus-, sondern eher abgebaut werden, denn das wäre auch ein wichtiger Beitrag für den sozialen Zusammenhalt.

Ansonsten fällt es mir schwer, jetzt noch viel mehr zu sagen. Ich denke, auf die wichtigsten Fragen bin ich eingegangen. Ich freue mich, wenn ich ein paar Anregungen geben konnte, und würde mich auch freuen, wenn wir weiter im Gespräch bleiben könnten. – Danke schön!

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Vielen Dank, Herr Professor für den großen Strauß an Anregungen, den Sie uns mitgegeben haben! – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Bleibt mir nichts anderes übrig, als Ihnen noch mal formell von dieser Seite hier zu danken. Sie sind natürlich herzlich eingeladen, unserer Sitzung beizuwohnen, aber Sie können selbstverständlich auch Ihren Amtsgeschäften für den restlichen Tag weiter nachgehen.

Ich schlage vor, dass wir die Besprechung zu Punkt 4 abschließen. – Ich höre keinen Widerspruch, liebe Kolleginnen und Kollegen, dann verfahren wir so.

Punkt 5 (neu) der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0355](#)
Neue Akzente im Haushalt für das Ehrenamt – wie KultEnDe
weit ist die Umsetzung der Aufwüchse im Haushalt
2026/27?
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 6 (neu) der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0296](#)
Umsetzungsstand der Berliner Engagementstrategie KultEnDe
2020-25
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0140](#)
Umsetzung der Engagementstrategie: Inklusion in KultEnDe
Engagement und Beteiligung stärken
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)
- c) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0223](#)
Umsetzung der Engagementstrategie: Förderung des KultEnDe
Engagements von Jugendlichen
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)
- d) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0320](#)
Fünf Jahre Engagementstrategie: Auswertung und KultEnDe
Fortschreibung
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

Vertagt.

Punkt 7 (neu) der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs

Vergleichbare Kriterien bei den bezirklichen Freiwilligen Agenturen und Zusammenarbeit mit den Bezirken – Stand der Zielvereinbarung

(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)

[0356](#)

KultEnDe

Vertagt.

Punkt 8 (neu) der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.